

Der Kalte Krieg – die Zeit zwischen 1947/48 und 1990 und die resultierenden Mächtekonstellationen

Die vergangenen 50 Jahre sind eingebettet in den dynamischsten Zeitabschnitt des 20. Jahrhunderts. In dieser Zeitspanne durchlebten die Völker Europas, Asiens und Nordamerikas, aber mit ihnen auch der formal nicht unmittelbar in die jeweiligen Konfliktebenen einbezogene Teil der Menschheit aller Kontinente mehrere Eskalationsebenen des Kalten Krieges und in deren Begleitung politische und militärische Krisen unkalkulierbarer Dimension, hart am Siedepunkt offener militärischer Konflikte, die das Potential eines III. Weltkrieges in sich trugen.

Die Geschichtswissenschaft wird sich noch lange Zeit mit dem Phänomen des Kalten Krieges beschäftigen; denn diese Zeitspanne zwischen 1947/48 und 1990 repräsentiert eine komplexe Verknüpfung von zwischenstaatlichen Interessenkonflikten, die ursächlich bestimmt waren von gegensätzlichen staatsdoktrinären, weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Staatszielen. Die daraus resultierenden Widersprüche und Konflikte waren zusätzlich überlagert von ererbten nationalistischen Vorurteilen, deren Ursprünge zu großen Teilen im 19. Jahrhundert und in den politischen Folgen des I. Weltkrieges liegen, wie z. B. der Sieg der russischen Oktoberrevolution.

Dieses Konfliktpotential wirkt unter veränderten Rahmenbedingungen über das Ende des Kalten Krieges hinaus lähmend bis in die Gegenwart.

In diesem Sinne hat die 40jährige Periode des Kalten Krieges die spezifischen Merkmale einer ihrem Wesen nach einmaligen Epoche angenommen. Niemals zuvor gab es in der Weltgeschichte eine intensivere Verflechtung von weltanschaulichen Auseinandersetzungen mit einem innen- und außenpolitischen Konfliktpotential dieser globalen Dimension. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen führten übergangslos zu militärischen Blockbildungen, in deren Ergebnis jegliche Politik von sicherheitspolitischen Ansprüchen und militärischen Bedürfnissen dominiert wurde. Die Welt erlebte die bisher intensivste und längste Periode der Militarisierung und der Konfrontation unter der Schwelle eines offenen Konflikts.

Nach dem Ende des II. Weltkrieges hatte sich bekanntlich das multipolare Weltstaatensystem der Vorkriegszeit in ein durch die Systemauseinandersetzung dominiertes bipolares Staatensystem verwandelt, angeführt von je einer der beiden Supermächte und ergänzt durch die Gruppierung der nicht paktgebundenen Staaten.

Dem Wesen nach war der Kalte Krieg ein Versuch, das bipolare Staatensystem zugunsten der einen oder der anderen Seite zu überwinden und es durch ein unipolares Weltsystem zu ersetzen. Das war das eigentliche politische Ziel beider Führungsmächte und der Hintergrund für die Entstehung des Kalten Krieges. Der militärische Faktor war in diesem Spiel der Supermächte um die unipolare Weltherrschaft das Mittel 1. Wahl.

Eine Hauptmethode des Kampfes um die Erweiterung der Einflussräume der Supermächte und damit der Veränderung des peripheren Kräfteverhältnisses zwischen den Blöcken war der Systemtransfer. In diesem konstitutiven Prozess des gewaltsamen Machttransfers kommt eine bevorzugte Strategie des Kalten Krieges zum Ausdruck, die, bezogen auf die USA, bis in die Gegenwart politische Praxis geblieben ist. Der Systemtransfer und spiegelbildlich die Verweigerung des politischen Systemwechsels auf dem Wege demokratischer Wahlen sind Kernelemente imperialer Politik in der Strategie des Kalten Krieges.

Katastrophen in der Größenordnung des Kalten Krieges haben viele Väter. Und jeder dieser Väter hat auf seiner Seite Mitstreiter und Helfer in Zivil und Uniform mobilisiert, die mehr oder weniger alle im guten Glauben gehandelt haben, für eine gerechte Sache zu streiten. Es passiert äußerst selten, dass die Urheber zivilisatorischer Katastrophen sich in ihrer Lebzeit zu ihrer politischen Verantwortung bekennen.

Die Hauptverantwortlichen des Kalten Krieges saßen in Führungsetagen der beiden Supermächte. Daneben gab es weitere geistige, politische und organisatorische Protagonisten des Kalten Krieges in Zivil und Uniform. Die Beurteilung der historischen Verantwortung all dieser Persönlichkeiten für das Leid der Völker ist bisher ein offenes, unbewältigtes Kapitel der offiziellen nationalen und internationalen Geschichtsschreibung.

Der Kalte Krieg und die beiden deutschen Staaten

Bei aller Bedeutung des deutschen Potentials für die jeweiligen Kräfteverhältnisse zwischen den Fronten des Kalten Krieges dürfen wir nicht übersehen, dass sich das geteilte Deutschland unter Aufsicht und Kontrolle der alliierten Siegermächte befand. Weder in Bonn noch in Berlin hatten die Regierenden eine freie Entscheidungsbefugnis in militärischen oder sicherheits-politischen Angelegenheiten.

Das wurde u.a. klar und deutlich vom 1. Generalsekretär der NATO, Lord Hastings L. Ismay 1949 in der Initialformel zum Ausdruck gebracht, in der er den Rahmen und die Grund-orientierung für den Auftrag der NATO formulierte: „To keep the Americans in, the Russians out und the Germans down.“

Der frühere Außenminister Fischer hat zwar auf der 35. Wehrkundetagung in München erklärt: „Diese Definition trifft heute nicht mehr zu; denn die strategisch-historische Lage hat sich in Europa grundlegend geändert...“ Das entspricht in einem gewissen Rahmen auch tatsächlich den politischen Realitäten. Die Bundesrepublik hat im Laufe der Jahrzehnte nach dem II. Weltkrieg politische und ökonomische Spielräume hinzugewonnen, die ihr in den frühen Nachkriegsjahren verschlossen waren. Analog, wenn auch mit größeren Einschränkungen, trifft das auch für die DDR zu.

Was jedoch die militärischen Spielräume betrifft, so verhält sich das anders. Das weiß jeder Bundeswehroffizier, und er respektiert es, wenn er klug ist, genauso, wie jeder NVA-Offizier die Sonderstellung der NVA im Warschauer Pakt und die Kontrolle durch die entsprechenden sowjetischen Organe respektiert hat.

Diese Beschränkungen für die deutschen Streitkräfte auf beiden Seiten und für die Sicherheitspolitik beider deutschen Staaten sind Ausdruck der politischen Ergebnisse des II. Weltkrieges. Die völkerrechtliche Fortschreibung der Kontrolle über Deutschland durch die Siegermächte des II. Weltkrieges ist in den „Zwei-plus-Vier-Verträgen“ verankert. Das ist übrigens der letzte völkerrechtliche Vertrag, den die DDR verbindlich unterzeichnet hat und der die internationalen Bedingungen für die deutsche Wiedervereinigung festlegt.

Dieser Verweis auf die begrenzte militär- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit beider deutscher Staaten schränkt nicht deren Mitverantwortung an der Entfaltung des Kalten Krieges im Zentrum Europas ein. Eine deutsche Verweigerung jeglicher Remilitarisierung wäre sogar mit Berufung auf das Potsdamer Abkommen der Alliierten über Deutschland in den frühen Nachkriegsjahren als Option denkbar gewesen, zumal es in den breiten Volksmassen beider deutscher Staaten bis hinein in die damaligen Führungsgremien der Parteien dafür eine politische Bereitschaft gegeben hat.

Eine solche Entscheidung hätte die Nachkriegsgeschichte Europas dramatisch beeinflusst. Ob eine solche Option angesichts der herrschenden Machtverhältnisse der Besatzungszeit politisch tragfähig gewesen wäre, unterliegt anderen Kriterien.

Wenn diese Chance in beiden deutschen Staaten von den neuen deutschen Führungseliten der Nachkriegszeit, im Unterschied zu Japan, verweigert wurde, so hängt das mit der Wiederbelebung alter innenpolitischer Feindbilder zusammen. Die neuen Eliten knüpften an alte politische Ziele und Bündnisoptionen aus der Zeit der Weimarer Republik an und formierten ihre Kräfte in Übereinstimmung mit den Interessen der von ihnen bevorzugten Besatzungsmacht. Sie handelten auf diese Weise einerseits als Vollstrecker des Willens der Besatzungsmacht, gemäß den formalen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und erwarben so deren Vertrauen und Unterstützung. Im Gegenzug gewährten ihnen die

Besatzungsmächte begrenzte Spielräume für die Gestaltung ihres Einflussraumes nach ihren traditionellen Vorstellungen. Am deutlichsten lässt sich das am Beispiel der langjährigen Adenauer-Ära belegen.

Im Osten Deutschlands lag von Anfang an die Initiative in den Händen der sowjetischen Besatzungsmacht. Hier wirkte der seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts dominierende Disziplinierungsprozess der Komintern, demzufolge sich die Parteien der Kommunistischen Weltbewegung an den Entscheidungen der KPdSU als ihrer führenden Kraft orientierten, das Prinzip der „monolithischen Einheit“. Die Spielräume für die Gestaltung deutscher Politik wurden von diesem Prinzip grundsätzlich dominiert. Die sowjetische Führung nutzte ihren Einfluss auf den östlichen Teil Deutschlands aus, um, gestützt auf die KPD, schrittweise einen politischen Systemtransfer nach dem sowjetischen Verständnis einer Gesellschaft sozialistischen Typs zu installieren und diesen Staat in den Bestand ihres Einflussgebietes zu integrieren. Gemeinsam mit den anderen volksdemokratischen Staaten konstituierte die sowjetische Führung aus diesem Staatenverbund das „sozialistische Weltsystem“.

Am Beginn dieser Entwicklung gab es in den volksdemokratischen Staaten eine mehrheitliche Akzeptanz für einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Diese Akzeptanz war jedoch in erster Linie an den sozialen Erfolg, an die gesellschaftliche Wahrnehmung der „Systemüberlegenheit“ gebunden.

Im Falle eines Misserfolgs verweigerten aber die sowjetische Führungsmacht und in den meisten realsozialistischen Staaten auch die an der Macht befindlichen Kommunistischen Parteien eine Wahlalternative, auch innerhalb des geltenden Verfassungsrechts, im Sinne einer demokratisch modifizierten sozialistischen Umgestaltung, weder von oben noch von unten.

Das historische Phänomen der Supermächte

Die USA und die Sowjetunion errangen im Ergebnis des II. Weltkrieges bekanntlich eine machtpolitische Aufwertung ihrer internationalen Rangordnung, die sie konkurrenzlos und unantastbar aus der übrigen Staatenwelt herausragen ließ und sie als „Supermächte“ zu scheinbar natürlichen Ordnungs- und Führungsmächten an der Spitze der neuen Staatenwelt prädestinierte.

Aus dieser Sonderstellung heraus erstand das verhängnisvolle Konkurrenzverhältnis beider Mächte, und es eskalierte an den konzeptionellen Widersprüchen bei der Bestimmung des Inhalts und Charakters der zu schaffenden neuen Weltordnung.

Nach dem II. Weltkrieg verflochten sich also die seit dem später 19. Jahrhundert zuspitzenden sozialen Widersprüche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit den staatsdoktrinären, sozialpolitischen und hegemonialen Interessen der beiden konzeptionellen Hauptexponenten USA und UdSSR zu einem als Systemauseinandersetzung wahrgenommenen imperialen Konflikt, der politisch zu einer Blockbildung, ideologisch jedoch zu einer blockübergreifenden Lagerbildung führte.

Die beiden Supermächte, die ihren machtpolitischen Potentialen nach die Dimensionen von Imperien repräsentierten und, bezogen auf die USA, noch repräsentieren, strebten jede für sich die Gestaltung einer Welt nach ihrem Bilde und unter ihrer Führung an.

Imperien unterscheiden sich von Staaten geringerer und mittlerer Dimension durch geschichtlich langfristig angelegte dynamische Expansion und die Schaffung und „Verteidigung“, also machtpolitische Abschottung, von Einflussgebieten.

Staaten geringer Dimension verfügen über solche Potenzen nicht. Staaten mittlerer Dimension zeichnen sich historisch durch ihre Rangordnungskämpfe untereinander aus mit dem Ziel regionaler Vorherrschaft. Zur Brechung eines bestehenden Gleichgewichts schaffen sie sich Koalitionen. Diese Konstellationen waren für das alte Europa typisch.

Die Welt nach 1945 wird jedoch durch die Rangordnungskämpfe der imperial handelnden Supermächte dominiert. In der davor liegenden Geschichte koalitierten die Imperien gegen aufstrebende machtpolitische Konkurrenten aus dem Kreis der mittleren Großmächte, bei gleichzeitiger Abstimmung und Koordinierung ihrer Interessen.

Die politisch-diplomatische Ebene des Kalten Krieges

Während in den 40er, 50er und den frühen 60er Jahren der militärische Faktor der absolut dominierende Faktor des Systemkonfliktes war und durch den politisch diplomatischen Faktor lediglich begleitet und ergänzt wurde, veränderte sich im Verlauf der 60er und 70er Jahre das Verhältnis dieser beiden Faktoren zueinander. Das hängt zusammen mit dem Bemühen beider Seiten um die Gestaltung eines politisch-vertraglichen Konfliktmanagements.

Dieser Prozess der Gestaltung eines strategischen Paradigmenwechsels beginnt im Umfeld der Kubakrise 1961/62, nach dem die US-amerikanische Seite die Einsicht gewonnen hatte, dass das Territorium der USA nicht mehr militärisch unverwundbar war. Der Prozess des Umdenkens begann mit der politischen Akzeptanz des sich manifestierenden Gleichgewichts der Raketen-Kernwaffenpotentiale beider Seiten und führt über eine allmählich wachsende Bereitschaft zur Anerkennung des erreichten machtpolitischen Status quo durch beide Seiten als Basis für eine vertragliche Eingrenzung der akuten Kriegsgefahr. Sichtbar herausragende Ergebnisse dieses Umdenkungsprozesses sind u. a. strategische Rüstungsbegrenzungsabkommen wie SALT 1 und die Einleitung des Helsinki-Prozesses nach der Unterzeichnung der Helsinki-Akte 1972. Das war eine offizielle Abkehr von der Präferenz des militärischen Faktors bei gleichzeitiger Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch die Unterzeichnerstaaten.

Im Zentrum des Helsinki-Prozesses stand jedoch nicht die „Aussöhnung“ der Supermächte und der mit ihnen alliierten Staaten der NATO und des Warschauer Paktes, sondern ein Paradigmenwechsel bei der Wahl der Mittel der Konfliktaustragung. Ziel war die Zurückdrängung des militärischen Faktors und die vorzugsweise Anwendung nichtmilitärischer Potentiale als Mittel der Konfliktaustragung.

Es ging also nicht um einen politischen Ausgleich und um die Festschreibung einer Balance der Kräfte im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648 oder des Wiener Kongresses von 1815, sondern um die Verhinderung der gegenseitigen Vernichtung in einem für beide Seiten unkalkulierbaren militärischen Konflikt sowie um die Vereinbarung politisch beherrschbarer Kampfmethoden unterhalb dieser Schwelle. In keinem Falle ging es um eine politische Konvergenz im Sinne einer Systemannäherung, sondern um die Fortsetzung des Systemkonfliktes mit anderen, mit vorwiegend nichtmilitärischen Mitteln. Der Systemkonflikt blieb seinem Wesen nach zugleich ein imperialer Hegemonialkonflikt der Supermächte. Es gab von beiden Seiten keinen Paradigmenwechsel in der politischen Zielsetzung, sondern im Ergebnis der Einsicht in die hochgradige gegenseitige militärische Verwundbarkeit nur einen Paradigmenwechsel in der Wahl der bevorzugten Kampfmittel.

Der militärische Faktor erhielt dadurch eine veränderte Aufgabenstellung als Deckungsinstrument und Garantiefaktor für die Aufrechterhaltung des machtpolitischen Gleichgewichts der Kräfte auf der Basis des jeweiligen Status quo.

Parallel dazu verlagerte sich der Kampf um die Brechung des Gleichgewichts und um den Systemtransfer, außerhalb des Vertragsgebietes der Helsinki-Akte, in die „Peripherie“, d.h. in die Regionen der sog. Dritten Welt, in denen der militärische Faktor unverändert das bevorzugte Mittel des Systemtransfers blieb, ohne die zentrale Konfrontation der Supermächte ernsthaft militärisch zu belasten.

Einen besonderen Stellenwert als Deckungsfaktor erhielt in dieser Phase des Kalten Krieges die forcierte maritime Aufrüstung beider Seiten. Mit der gleichen Zielsetzung wurde die kosmische Rüstung in eine qualitativ neue Entwicklungsphase hinübergeleitet. In den 50er und den frühen 60er Jahren stand der Wettlauf um Reichweiten und Trägerkapazitäten im Vordergrund der Kernwaffen-Raketen-Rüstung. Seit Mitte der 60er Jahre treten die Raketenabwehr, der Bau von Mehrfachsprengköpfen und die Stationierung von weltraum-gestützten Raketen-Angriffs- und -Abwehrsystemen in den Mittelpunkt der Raketen-Kernwaffenrüstung. Der Weltraum wurde zur eigenständigen Dimension des Rüstungswettlaufs. Charakteristisch für diese neue Rüstungsdimension war die Miniaturisierung der Kernwaffen bei

gleichzeitiger Steigerung ihrer Vernichtungskapazität und die Erweiterung der Eindringtiefe und der Trägerkapazität der Raketen bei enormer Erhöhung ihrer Treffergenauigkeit.

Gleichzeitig wurde eine Verkürzung der Zeiten zur Herstellung der technischen Einsatz- und Gefechtbereitschaft der Systeme und der Kommandostrukturen realisiert. Diese Schritte der militärtechnischen Entwicklung hatten und haben noch immer einen komplexen qualitativen Umbruch des gesamten Militärwesens zur Folge, der nur auf der Grundlage eines wissenschaftlich-technischen Höchststandes realisierbar ist. In dieser Periode der Weltraumrüstung begann auch der Aufbau des weltraumgestützten Satelliten-Beobachtungs- und Kommandosystems der US-Streitkräfte. Ein ziviles „Abfallprodukt“ dieses elektronischen Nachrichten- und Kommando-Systems wird als „GPS-System“ vermarktet.

Aus all diesen Gründen führte die Zurückdrängung des militärischen Faktors als bevorzugtes Mittel der Politik in den Hauptkonfrontationsräumen nicht zu einer Demilitarisierung der internationalen Politik. Die Militarisierung der Volkswirtschaften und der wichtigsten gesellschaftlichen Lebensbereiche blieb auch nach Helsinki das dominierende Merkmal des Kalten Krieges. Das wurde in den 80er Jahren lebhaft demonstriert durch die von der Reagan-Administration verfolgte „Strategie des Totrüstens“ und durch die von Bundeskanzler Helmut Schmidt initiierte Raketenstationierung in der Bundesrepublik auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses.

Schlussbetrachtung

Bei einer rückwirkenden verallgemeinernden Betrachtung kommt man zu dem dringenden Schluss, dass der Kalte Krieg letztendlich der Ausdruck der Unfähigkeit der politischen Führer beider Seiten war, maßvoll mit dem in der Nachkriegswelt entstandenen Geflecht von realen Widersprüchen umzugehen. Insbesondere haben die großen Mächte durch brachiale Mittel und Methoden versucht, ihre Interessen und staatsdoktrinären Führungsansprüche unter Missachtung der Interessenlage der jeweils anderen Seite zu realisieren.

Das entspricht der Fortsetzung der Politik des vom Nationalegoismus geprägten 19. Jahrhunderts unter den Bedingungen einer sich regional und global neu orientierenden Welt nach 1945. Der Kalte Krieg lebte von der permanenten Eskalation der militärischen Potentiale, von der Militarisierung der Politik, der Militarisierung der Volkswirtschaften, der Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Das Hauptmerkmal des Kalten Krieges war die totale Militarisierung der internationalen Politik. Der militärische Faktor wurde das bestimmende und bevorzugt eingesetzte Instrument gegenseitiger Erpressung bei Androhung des heißen Krieges, aber er diente auch als Mittel der Disziplinierung gegenüber dritten Staaten innerhalb und außerhalb der Blöcke.

Der Kalte Krieg endete durch das Ausscheiden der UdSSR aus der Konfliktkonstellation und im Ergebnis der Selbstauflösung des von ihr geführten Warschauer Paktes. Russland vollzog nach der Auflösung der sowjetischen Staaten-Union einen Paradigmenwechsel seiner Außenpolitik, indem sich die russische Regierung von der Idee einer kommunistischen Weltrevolution und der Herausbildung eines eigenständigen „sozialistischen Weltsystems“ unter Führung Moskaus trennte. Im Ergebnis dessen endete zugleich die bipolare Mächtekonstellation. Die russische Außenpolitik kehrte zur Anerkennung einer multipolaren Konstitution des internationalen Staatensystems zurück.

Im Gegensatz zu Russland beharren jedoch die USA auf der Errichtung einer unipolaren Weltordnung unter ihrer Führung. Von diesem als schicksalhafte Mission verstandenen Auftrag zur Übernahme der Führung der internationalen Staatengemeinschaft leiten die Führungseliten der USA unverändert den Anspruch auf Respektierung als Weltordnungsmacht ab. Ziel dieser Mission ist die Durchsetzung und dauerhafte Gewährleistung aller grundlegenden Interessen der USA als Hegemonialmacht. Dazu gehört in erster Linie die Aufrechterhaltung der militär-technologischen Überlegenheit als vermeintliche Voraussetzung

uneingeschränkter Sicherheit. Der militärische Faktor wird weiterhin als Schlüsselement, Voraussetzung und Garantie für den Erfolg der „Mission“ betrachtet.

Zur komplexen Sicherheit gehört die ungestörte Befriedigung der Interessen der US-Wirtschaft, vor allem die langfristige Absicherung der Rohstoffversorgung, die Beherrschung der internationalen Finanzmärkte durch Aufrechterhaltung der Dominanz des US-Dollars und der Export US-amerikanischer „Kultur“- und Lebensweise.

Gestützt auf die gegebenen Potentiale gestalten die USA ihre internationale Machtprojektion, indem sie sich auf die vielfältigste Art und Weise als selbsternannter Vormund in die inneren Angelegenheiten aller anderen Staaten, auch die ihrer Verbündeten, einmischen. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beanspruchen die USA weiterhin das Recht auf gewaltsamen Systemtransfer.

Es ist nicht das Ziel, hier die gegenwärtige Politik der USA komplex darzustellen. Es geht vielmehr darum, deutlich zu machen, dass die führenden Eliten der USA nach Beendigung des Kalten Krieges ihren Kurs auf die Vollendung ihrer „Mission“, leider mit breiter Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit, fortsetzen. Die USA betrachten sich als „Sieger“ des Kalten Krieges. Ihr Endziel war nicht die Überwindung der „kommunistischen Gefahr“, sondern die Errichtung der eigenen Weltherrschaft. Die Ausschaltung der konkurrierenden Supermacht UdSSR war lediglich ein Etappenziel. Das neue Etappenziel ist der „Krieg“ gegen den Terrorismus.

Das belastet die Welt mit neuen Konfrontationsproblemen, die sich im Kern der Sache aus einer historisch überlebten Wahrnehmung der weltpolitischen Realitäten durch die herrschenden Eliten der USA ergeben. Es besteht die unübersehbare Gefahr für die Ingangsetzung einer qualitativ neuen Runde der Rüstungspolitik und damit verbunden eines neuerlichen Militarisierungsschubs der internationalen Politik.

Die abenteuerliche Politik der USA stellt vor allem das noch immer US-dominierte Bündnissystem NATO vor ein verändertes, friedenspolitisch orientiertes Entscheidungsspektrum. Die realen Interessen der USA und ihrer europäischen Bündnispartner driften seit Ende des Kalten Krieges immer deutlicher auseinander. Das belegen u.a. die jährlichen Münchner Konferenzen für Sicherheitspolitik. Und das betrifft die Existenzfrage der NATO. Entweder stellt sich die NATO in den Dienst der internationalen Sicherheit im Sinne einer Konfliktprävention oder sie stirbt an der amerikanischen Krankheit. Sie hat keine andere Wahl. Als Hilfsorgan US-amerikanischer Imperialpolitik verlässt sie ihre selbst gewählten Vertragskonditionen. Ein Paradigmenwechsel dieser Dimension vollzieht sich jedoch nicht im Gleitflug. Es muss und wird sich ein inneres Konfliktpotential herausbilden. Das ist unvermeidlich und wird mit harten innerstaatlichen und zwischenstaatlichen politischen Auseinandersetzungen verbunden sein, in deren Verlauf sich auch die europäischen Geister scheiden werden.

Die USA versuchen mit schwankendem Erfolg ihre Verbündeten zu disziplinieren und zu korrumpieren. Eine größer werdende Zahl von Staaten und Regierungen begreift jedoch den objektiv notwendigen Zwang zu einem Paradigmenwechsel in der internationalen Politik, um die Blockaden gegen die Lösung der überlebensentscheidenden Fragen der Menschheit mit vereinten Anstrengungen zu überwinden.

Die europäische Öffentlichkeit, darunter vor allem die deutsche, trägt eine große Verantwortung für neue Initiativen zur Gestaltung einer tragfähigen internationalen Sicherheitsstruktur und für die geistige und politische Beförderung eines schnellen und zielstrebigem Umdenkens der offiziellen europäischen Sicherheits- und Friedenspolitik, vor allem ihrer konsequenten Emanzipation von imperialen US-amerikanischen Denk- und Wahrnehmungsschablonen. Das schließt die Zusammenarbeit mit gleich gesinnten Persönlichkeiten und Bewegungen in den USA ein.

Quellen:

www.lernarchiv.bilden/hessen.de

www.klett.de

Chronik des 20. Jhd. , Chronik-Verlag

Illustrierte Geschichte der Adenauer-Ära , Christian Zentner, Bechtermünz Verlag

Synopse zur Deutschlandpolitik, Werner Weber & Werner Jahn, Verlag Otto Schwarz

Propyläen Weltgeschichte , Golo Mann, Propyläen-Verlag